Vorstandsbericht DJV Thüringen 2015/2016

Der Vorstand des DJV Thüringen hat sich im vergangenen Jahr zu großen Teilen neu gefunden. Das sorgte für einen höheren Kommunikations- und Einarbeitungsbedarf, brachte aber auch viele Vorteile, allen voran ein neues Herangehen an alte Arbeitsmuster. So etablierte der Vorstand zum Beispiel Sitzungen, in die sich Mitglieder, die nicht vor Ort sein konnten, telefonisch oder per Skype-Videochat einschalteten. Das reduzierte zum einen den Aufwand für die einzelnen Vorstände, spart zum anderen aber auch Reisekosten für den Verband.

Inhaltlich stand die Arbeit in den vergangenen zwölf Monaten ganz unter dem Zeichen der Mitgliedergewinnung. Der DJV Thüringen verliert seit Jahren im Jahresmittel mehr Mitglieder, als er neu aufnimmt. Das bringt uns finanziell in eine schwierige Lage, weil Mitgliedsbeiträge fehlen, die notwendig sind, um den gewohnten Service aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig steigt der notwendige Aufwand, der betrieben werden muss, um neue Mitglieder zu gewinnen und vorhandene zu halten. Das bindet vor allem personell in großem Stil Kapazitäten, so dass wir entschieden haben, uns neben dem Tagesgeschäft pro Jahr auf einige wenige Arbeitsschwerpunkte zu konzentrieren. Im vergangenen Jahr war das die Mitgliedergewinnung durch:

1. Tarifarbeit in den Medienunternehmen im Freistaat
2. Freienberatung
3. Weiterbildungsangebote

Tarifarbeit

Die Erfahrung aus vielen DJV-Landesverbänden zeigt, dass Mitglieder nach wie vor eine starke Gewerkschaft erwarten – und das Nichtmitglieder erst dann in den DJV eintreten, wenn dieser einen spürbaren Nutzen bringt. Das tut er am sichtbarsten, wenn die Tarifarbeit in den einzelnen Häusern zu Ergebnissen führt, die entweder die Arbeitsbedingungen der Kollegen verbessert, Kündigungen verhindert oder das Einkommen steigert. In all diesen Feldern gibt es in fast allen Medienbetrieben Thüringens hinreichend Handlungsbedarf, dem wir uns angenommen haben oder gerade annehmen:

Mediengruppe Thüringen (Britt Mandler, Vorsitzende FA Tageszeitungen/Betriebsräte)

Die Arbeit der Betriebsräte an den Tageszeitungen in Thüringen gleicht derzeit dem Bohren sehr dicker Bretter.

Bereits im Frühjahr vergangenen Jahres gab es eine gemeinsame Belegschaftsversammlung von TA und TLZ zum Thema Arbeitszeiterfassung. Ziel der Betriebsräte ist es, durch das verbindliche Einführen einer solchen Erfassung das Arbeitsaufkommen in den Redaktionen besser zu verteilen und so langfristig eine Entlastung der Mitarbeiter herbeizuführen. Insbesondere in den Lokalredaktionen ist es aufgrund der Arbeitsverdichtung derzeit kaum möglich, das geltende Arbeitszeitgesetz einzuhalten.

Seitens der Personalabteilung wurde in einem ersten Schritt eine intensive Schulung leitender Mitarbeiter angeboten, um die Problematik dort zunächst bewusst zu machen und eine Entlastung allein durch Umverteilung der Aufgaben und Selbstbewusstmachung der Problematik zu erreichen. Geschult werden sollte bei TA, TLZ und OTZ. Kurz vorher wurden die bereits angesetzten Termine aber abgesagt, die zuständige Personalleiterin wechselte nach Hamburg, Ersatz wurde zunächst nicht eingestellt, so dass sämtliche Gespräche zum Thema auf Eis lagen. Mittlerweile gibt es diesbezüglich aber wieder Kontakt mit der Geschäftsführung – Ausgang offen.

Ebenso in der Schwebe fühlen sich die Betriebsräte bezüglich der so genannten Harmonisierung im Funke-Medienreich. Bereits seit Frühjahr 2015 gibt es eine Arbeitsgruppe aller Funke-Betriebsräte aus Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin und Niedersachsen. Hauptthema war die Schaffung der Zentralredaktion in Berlin, die Frage, zu welchen Bedingungen Mitarbeiter dorthin wechseln können und welche Auswirkung die Schaffung dieser neuen Struktur auf die übrigen Standorte hat.

Sämtliche Betriebsräte fühlen sich von ihren Geschäftsleitungen nicht ausreichend informiert. Das trifft auch auf Thüringen zu. Mehrfach mahnten wir an, dass wir in Planungen frühzeitig und umfassend eingebunden werden müssen.

Zwar gab es Zusammenkünfte mit allen Betriebsräten. Die dort gegebenen Informationen waren unserer Meinung nach aber alles andere als umfassend und aussagekräftig, Detailgespräche blieben aus. Das schürt natürlich auch in den Belegschaften erheblich Unruhe.

Aus diesem Grund entschlossen sich DJV und Verdi, zu gemeinsamen Haustarifverhandlungen bei TA, TLZ und OTZ aufzurufen. Nicht nur eine Wiederannäherung an den Flächentarif ist das Ziel. Hiervon sollen insbesondere jüngere Kollegen profitieren, die weit unter Tarif entlohnt werden. Auch geht es um eine Beschäftigungssicherung. Eine Reaktion der Geschäftsleitung blieb bislang aus.

In Vorbereitung der Verhandlungsaufforderung gab es eine Schulung in Sachen Tarif- und Streikrecht. Auch wurden in Erfurt, Weimar und Gera Gespräche mit Mitarbeitern aller drei Titel durchgeführt.

Veränderungen gab es auch in der Leitungsebene. Der Chefredakteur der TA, Paul-Josef Raue, ging im Sommer 2015 in Rente. Nachfolger ist Johannes M. Fischer, der seinen Posten aber noch nicht angetreten hat. Mitte Januar 2016 wurde zudem der TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder entlassen. Nachfolger ist Nils Kawig.

Auch bei den Freien der Funketitel herrschte dieses Jahr Unruhe. Hier führte die Scheinselbstständigenproblematik dazu, dass bisher freien Mitarbeitern feste Verträge in der TCS Thüringer Content & Services GmbH angeboten wurden. Auch dieses Unternehmen ist nicht tarifgebunden. Die Mitarbeiter verdienen deutlich unter dem Tarifniveau. Der DJV ist bereits mit Betroffenen im Gespräch, inwieweit hier Verbesserungen erzielt werden können.

Einem Hammerschlag glich die Verkündung der Geschäftsführung der Mediengruppe Thüringen am 22. Februar. Betriebsräte und Belegschaften von TA, TLZ und OTZ wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass es spätestens zur Jahresmitte tiefgreifende Umstrukturierungen geben wird, die mit einem Abbau von einem Drittel aller Stellen einhergehen sollen. Lediglich die drei Chefredaktionen sollen selbstständig bleiben.

Geplant ist, die Kollegen aus den Lokalredaktionen via Betriebsübergang in eine neue, titelübergreifende Gesellschaft zu überführen. Die Thüringentische sollen aufgelöst, die Kollegen in sechs so genannte Redaktionsköpfe, die Mini-Tischen ähneln, beschäftigt werden. Bislang kooperierende Lokalredaktionen an Doppelstandorten werden zu Gemeinschaftsredaktionen zusammengefasst. Das alles soll laut Geschäftsleitung das Lokale stärken. Eine Stärkung in personeller Hinsicht ist derzeit aber nicht erkennbar.

Auch eigenständige Mantelredaktionen wird es nicht mehr geben. Einige wenige Reporter und Desker, Onliner, Sportler bekommen Jobs in einer neuen, als Gemeinschaftsmantelredaktion arbeitenden Gesellschaft angeboten. Überregionales soll künftig komplett die Berliner Zentralredaktion liefern, überregionaler Sport kommt aus Essen. Kollegen, denen kein Job angeboten wird, droht ebenso die Kündigung wie sämtlichen Sekretärinnen.

Sekretariatsaufgaben sollen künftig zentral von einer Servicegesellschaft in Bindersleben erledigt werden. Das bereitet den Kollegen große Bauchschmerzen, denn die Sekretärinnen sind die wichtigsten Ansprechpartner im Lokalen. In Belegschaftsversammlungen sprachen sich die Mitarbeiter einstimmig dafür aus, dass die Gewerkschaften die derzeit laufenden Verhandlungen der Betriebsräte durch Sozialplanverhandlungen unterstützen sollen. Unser erklärtes Ziel ist, betriebsbedingte Kündigungen möglichst zu vermeiden. Aktuell gestalten sich die Gespräche mit der Geschäftsführung zäh, doch zumindest konnten Betriebsräte und Gewerkschaften gemeinsam ihr vorerst das Versprechen abringen, dass zumindest bis Mitte April keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. So lange diskutieren Arbeitsgruppen die vorgelegten Veränderungspläne.

HCS (Ralf Leifer, Britt Mandler)

Bei den Südthüringer Titeln erfolgte bereits vor geraumer Zeit eine Überprüfung freier Mitarbeiter auf Scheinselbstständigkeit. Reaktion der Geschäftsleitung: Ihnen wurden feste Stellen in der HCS Content GmbH Coburg angeboten. Die Firma ist nicht tarifgebunden. Circa 50 Mitarbeiter haben nach aktuellem Stand dennoch zugegriffen und die Absicherung einer Festanstellung gewählt, auch wenn sie zu deutlich schlechteren Konditionen arbeiten als im Mutterhaus. Es gibt mit den zuständigen Betriebsräten eine Regelungsabrede über die materiellen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die für das Ziel des DJV, nun bei der HCS die Arbeitsbedingungen auch tariflich zu regeln, aber sogar hinderlich sein kann. Deshalb muss im nächsten Schritt geklärt werden, wie mit dieser Regelungsabrede umzugehen ist, ob sie bestenfalls von den Betriebsräten gekündigt werden kann. Zusätzlich muss der Organisationsgrad in den betroffenen Betrieben in Thüringen und Bayern erhöht werden, um ein schlagkräftiges Mandat für einen möglichen folgenden Arbeitskampf zu erzielen. Unerlässlich ist dabei, dass der DJV und Ver.di in beiden Bundesländern gemeinsam handeln. Das ist momentan nicht immer der Fall und schwächt im Zweifel die Position beider Gewerkschaften bei Verhandlungen mit der Geschäftsführung.

Antenne Thüringen (Ralf Leifer)

Die privaten Rundfunkanstalten haben bisher eine eher untergeordnete Rolle in der öffentlichen Arbeit des DJV Thüringen gespielt. Hinter den Kulissen laufen aber bereits seit mehr als einem Jahr Vorbereitungen zu Tarifverhandlungen bei Antenne Thüringen, die Ende des vergangenen Jahres in der Verhandlungsaufforderung an die Geschäftsführung und einem ersten Warnstreik gipfelten. Dabei war für die Vorbereitung eine enge und intensive Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat

notwendig, denn zunächst galt es, den für einen Arbeitskampf notwendigen Organisationsgrad im Betrieb herzustellen (von drei Gewerkschaftsmitgliedern auf deutlich über 20 gesteigert) und genau zu klären, welche Verhandlungsinhalte der Belegschaft am wichtigsten sind. Demnach sollen vor allem die Ungerechtigkeiten in der Entlohnung abgebaut und die (finanzielle) Karriere nach folgendem Muster durchgesetzt werden: jährliche Gehaltssteigerung + Höhergruppierung entsprechend der Berufserfahrung/Betriebszugehörigkeit.

Die vielen persönlichen Gespräche mit den Mitarbeitern und deren intensive Einbindung in jeden Schritt der Tarifarbeit schuf eine Vertrauensbasis, die sich auch in der großen Teilnehmerzahl beim ersten Warnstreik bemerkbar machte. Die Geschäftsführung der Antenne hatte dabei das kämpferische Potential wohl unterschätzt. Dem entsprechend fiel die Antwort auf die Verhandlungsaufforderung der Gewerkschaften aus. Der Warnstreik endete schließlich mit einem Hausverbot für die Gewerkschaften und einer arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung. Deren Ergebnis: Zusage für ein Sondierungsgespräch, das am 29. Februar 2016 stattgefunden hat. Nun entscheidet die Gesellschafterversammlung der Antenne am 20. April 2016 über die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Bei einem negativen Votum werden weitere Aktionen zur Erzwingung der Verhandlungsaufnahme erforderlich. Darauf bereitet sich die Tarifkommission seit dem 4. April vor. Eine weitere Mitgliederversammlung bei der Antenne ist für Ende April geplant.

Freienberatung

Inzwischen sind nahezu die Hälfte aller DJV-Mitglieder in Thüringen freiberuflich tätig. Und auch die Nichtmitglieder, die laut Satzung aufgenommen werden könnten, arbeiten zunehmend seltener in (unbefristeten) Festanstellung. Deshalb ist die Beratung der freien Kollegen in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden – und nimmt einen immer größeren Stellenwert in der täglichen Arbeit ein. Das bindet aber massiv Kapazitäten, denn Freienberatung bedeutet in fast allen Fällen Individualberatung mit einem hohen Zeitaufwand. In folgenden Bereichen setzten wir in diesem Jahr Schwerpunkte:

MDR (Heidje Beutel, Vorsitzende FA Rundfunk und stellv. Landesvorsitzende)

Am Montag, den 4. Mai 2015, wurde der neue Sprecherrat der freien Mitarbeiter gewählt (das war zwar vor dem letzten Verbandstag, weil der Bericht aber Wochen vorher fertig sein musste, kam das im MDR-Bericht nicht mehr vor). Es sind neue und engagierte KollegInnen gewählt, ich wurde als Vorsitzende bestätigt. Neu: Neben KIKA, Hörfunk und Fernsehen ist auch ein Onliner/Contenter dabei. In unseren Treffen mit dem Funkhausdirektor Werner Dieste haben wir uns für folgende Themen eingesetzt:

- An- und Abmeldepraxis bei den Krankenkassen: Da ist der MDR auf uns eingegangen. Freie werden nach 70 Tagen unselbständiger Arbeit durchversichert.
- Fehlerhafte Honorarabrechnungen: schwierige Einzelfallprüfung.
- Unfallversicherung: Selbstständige sind über den MDR nicht unfallversichert. Deshalb haben wir an unsere Kollegen appelliert sich selbst bei der Berufsgenossenschaft zu versichern. Bei

der Autofahrt ist man versichert, wenn man vorher einen Dienstreiseantrag gestellt hat – aber nur gegen Invalidität oder Tod.

Wir wollten außerdem erreichen, dass wir Freien vor einem wichtigen Gespräch mit dem MDR über den Inhalt informiert werden. Beim KIKA wird das in der Regel schon so gemacht. Da steht zum Beispiel „Personalgespräch“ in der Betreffzeile. Darüber hat auch die MDR-Direktion nachgedacht.

Am 18. September 2015 wurde endlich gestreikt – leider nur in Leipzig. Eigentlich sollten die Kollegen nur kurz zum Verhandlungsbeginn morgens vor die Tür. Dann fanden etwa 80 KollegInnen aber Gefallen daran und blieben tagsüber ihrem Arbeitsplatz fern. Das hat die Tarif-Verhandlungen beflügelt. Es kam noch am gleichen Tag zu einem zufriedenstellenden Ergebnis!

Zum Ende des Jahres hat unser Funkhausdirektor Werner Dieste sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Kommissarischer Leiter wurde der trimediale Chefredakteur Matthias Gehler. Zum 1. Februar 2016 hat Boris Lochthofen die offizielle Nachfolge angetreten und hat sich gleich am ersten Tag mit dem Sprecherrat getroffen (mit dem Personalrat auch).

Trimedialität:

Im Jahr 2015 wurde der trimediale Umbau vor allem theoretisch diskutiert. Zum Jahresende wurde es konkreter und musste dann plötzlich ganz schnell gehen, denn eigentlich sollte die Umsetzung Anfang 2016 beginnen. Im DJV haben wir dazu eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Veränderungen kritisch diskutiert.

Wir haben immer wieder gefragt, was trimediales Arbeiten für uns an der Basis bedeutet, aber lange Zeit keine Infos bekommen. Das hat viele freien KollegInnen beunruhigt. Wir haben ihnen empfohlen, Gespräche mit den Chefs nicht alleine zu führen. Wir vom Sprecherrat würden sie begleiten, wenn wir das irgendwie hinkriegen. Wir haben geraten, dass sie sich erklären lassen, worin genau ihre neuen Aufgaben bestehen und es mit den jetzigen Aufgaben zu vergleichen. Wenn es mehr Aufgaben als vorher sind, dann muss das Honorar steigen. Die Gewerkschaften können aber nur dann höhere Honorare durchsetzen, wenn die betroffenen Beschäftigten das Thema vorher angesprochen haben.

Wir haben als Sprecherrat gleichzeitig der Direktion gesagt, dass wir Freie an den Diskussionen zur Umsetzung der Trimedialität beteiligt werden wollen. Außerdem wäre es nach unserer Einschätzung besser gewesen, die Trimedialität näher am Produkt zu diskutieren.

Anfang Dezember fand schließlich eine Mitarbeiterversammlung statt. Am 22. Dezember 2015 haben wir eine erste schriftliche Zusammenfassung bekommen: Demnach sollen zunächst die Nachrichten trimedial arbeiten. Dazu werden der News Pool, die Hörfunknachrichten und die Fernsehnachrichten zusammengelegt. Im Konzept steht außerdem, dass die Nachrichtenkollegen viel mehr Aufgaben bekommen und teilweise sehr viel länger arbeiten müssen – und das ohne Pause. Das haben wir als Sprecherrat beim damals amtierenden Funkhausdirektor Gehler angesprochen. Seiner Einlassung zufolge gehe die Mehrarbeit einerseits auf Fehler in der schriftlichen Info zurück. Andererseits hat Herr Gehler zugestimmt, dass die Kollegen natürlich eine Pause machen müssen, dass das Konzept aber auch noch nicht vollständig ausgereift sei, sondern die Chefs ständig überprüfen wollen, ob es funktioniere – oder ob die festen und freien Nachrichtenkollegen überlastet würden. Die Fernsehnachrichten hatten einen eigenen Termin bei Herrn Gehler vereinbart und den Sprecherrat

dazu gebeten. Auch die FernsehkollegInnen sollen mehr arbeiten. Das geht aber teilweise nicht, weil sie ja um 19 Uhr bei der Sendung noch frisch sein müssen.

Der MDR hat zum 1. Januar 2016 auch trimediale Honorare in Kraft gesetzt, was uns sehr erstaunt hat, denn laut Dienstvereinbarung muss jeder Freie vor dem Beginn der Arbeit einen Honorarvertrag mit seinem Honorar unterschrieben haben. Das war aber nicht der Fall. Wir haben dann erfahren, dass die trimedialen Honorare erst März oder April in Kraft treten sollen.

Es ist alles im Wandel und wirkt durcheinander: Freie KollegInnen haben zum Beispiel im Dezember 2015 Termine für Fortbildungen bekommen, als ihnen noch gar nicht klar sein konnte, worin ihre neuen Aufgaben bestehen. Alle Freien sollten sich im Januar für Fortbildungen anmelden, haben aber keine Zusage bekommen.

Die Honorare sind noch nicht bekannt. Die sind besonders wichtig, weil jetzt Hörfunkleute, Fernsehleute und Onliner die gleiche oder ähnliche Arbeit machen, aber aus Tradition unterschiedlich bezahlt werden – wobei die Onliner besonders wenig bekommen.

Aus Sicht des Sprecherrates ist dieser Zustand vor dem Hintergrund der „Online first“-Aussagen der Hausleitung nicht akzeptabel.

Um sich nicht nur in Thüringen, sondern auch mit den Freien in den anderen Funkhäusern abzusprechen, veranstalteten die Freien am 24.9.2015 wieder einen Freientag in Leipzig: Diskussion mit Intendantin Karola Wille, Wolf-Dieter Jacobi (MDR Fernsehdirektor) und mit den Gewerkschaften. Bei so einer Diskussion sind wir Freien mit unseren Chefs gar nicht so weit auseinander. In Gesprächen außerhalb der Podien haben aber Freie vor allem aus Halle erzählt, wie groß ihre Angst sei. Der trimediale Umbau sieht ja vor, dass alle Nachrichten in Leipzig konzentriert werden sollen, Kultur und Jugend kommt nach Halle (bisher ist in Halle der Hörfunk und in Leipzig das Fernsehen). Obwohl Intendantin Karola Wille immer sagt, dass der Umbau nicht dazu genutzt werden soll, dass die Beschäftigung von Freien endet, passiert es immer wieder. Bei KollegInnen in Halle wurden die Verträge nicht verlängert. Das Funkhaus in Magdeburg hat Anfang Dezember zwei Thüringer Kolleginnen zum Jahresende gekündigt, die regelmäßig für MDR Sachsen-Anhalt gearbeitet hatten. Es gibt also ein Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit, wogegen die Intendantin offenbar nichts tun kann. Sie sagte beim Gespräch mit DJV-Geschäftsführer, dass die Funkhäuser in der Frage autonom seien.

Die Zusammenarbeit mit den Freienräten der anderen Standorte wurde weiter intensiviert. Das ist gut, weil wir enger zusammenwachsen und uns besser kennenlernen. Wir hatten 2014 ein Statut geschrieben, das uns ähnliche Rechte wie dem Personalrat geben soll. Die Rechte wären wahrscheinlich bei den Verhandlungen mit dem MDR weiter zusammengestrichen worden. Vom DJV haben wir deshalb den Rat bekommen, das Statut nicht weiter zu verfolgen sondern eine Änderung des MDR-Staatsvertrags anzustreben. Darin sollte stehen, dass neben den Festangestellten auch die Freien die Personalräte wählen können und auch gewählt werden können. Weil Sachsen den Staatsvertrag nicht gleich ändern wollte, liegt das Thema erstmal auf Eis. Die Intendantin Karola Wille hat aber den Sprecherrat in Leipzig aufgefordert, ein Statut vorzulegen. Denn sie will wissen, wie wir uns organisieren. Bei der Versammlung im Dezember haben wir also noch mal darüber geredet und abgestimmt. Ergebnis: Wir geben uns eine Geschäftsordnung – also ein kleines Statut, worin nur steht, wie wir organisiert sind und wie wir bezahlt werden. Unsere Rechte sollen dann im Staatsvertrag stehen. Uns ist unklar, ob die Strategie Sinn hat. Das wird sich zeigen.

HCS und Mediengruppe Thüringen (Anita Grasse)

Bei der HCS und der Mediengruppe Thüringen suchten die freien Kollegen vor allem unseren Rat, als es um die Festanstellung in den jeweils neu gegründeten Service-Gesellschaften ging. In Südthüringen gab es einen nicht unerheblichen Teil Kollegen, die nicht in diese Gesellschaft wechseln, sondern selbstständig bleiben wollten. Sie galt es vor allem hinsichtlich der Scheinselbstständigkeit zu beraten, deren Beseitigung von der Geschäftsführung häufig als Argument für die Festanstellung angeführt wurde. Die Kollegen erfuhren, wie sich Scheinselbstständigkeit definiert, wie sie sie verhindern, aber auch, wie sie damit umgehen können, wenn ihnen das Unternehmen die freie Zusammenarbeit kündigt, sollten sie nicht in die Service-Gesellschaft eintreten.

Bei den MGT-Titeln gab es solche Debatten so gut wie gar nicht. Da gab es vor allem Beratungsbedarf bei der Gestaltung des neuen Arbeitsvertrages. Wir boten allen Kollegen an, die Verträge zu prüfen und auf Fallstricke (bei der MGT: fehlende Altersversorgung und die Urlaubsregelung z.B.) hinzuweisen. Sowohl bei der MGT als auch der HCS nutzten am Ende allerdings nur wenige Kollegen das Angebot.

Weiterbildung (Anita Grasse)

Gemeinsam mit dem Sozialwerk des DJV Thüringen, das die Seminare offiziell veranstaltet, hoben wir im vergangenen Jahr das Weiterbildungsangebot aus der Taufe. Mit einzelnen Seminaren und Workshops hatten wir den Bedarf bereits getestet. Immer wieder teilten uns Mitglieder und Kollegen mit, dass die persönliche Weiterbildung ihnen ein wichtiges Anliegen sei. Vor allem Seminare zu Social Media und Medienrecht waren gut besucht. Deshalb entschieden wir, eine regelmäßige Seminarreihe in Thüringen zu starten. Vorgesehen sind vier Tagesveranstaltungen täglich, die entweder zentral in Erfurt stattfinden oder direkt in den Unternehmen. 2015 starteten wir mit einem eher schlecht besuchten, von den Teilnehmern aber als sehr gut bewerteten Seminar zur professionellen Nutzung sozialer Netzwerke (Selbstmarketing, Recherche, Social Media Management für Kunden) und einem Rhetorik-Training, das ebenfalls sehr gut bewertet, aber auch besser besucht wurde.

Im laufenden Jahr soll dieses Angebot deshalb zeitnah wiederholt werden. Außerdem soll es erneut ein Seminar Medienrecht geben, das auch auf die Moderation von Kommentaren auf Zeitungswebsites und den sozialen Netzwerken abzielt. Auch Seminare zur Berichterstattung über die Gebietsreform und zum Selbstmarketing/Akquise für Freie sind geplant.

Da sich alle Veranstaltungen möglichst selbst tragen sollen, bieten wir die Seminare nicht kostenlos an. Mitglieder im DJV und/oder Sozialwerk erhalten aber einen bedeutend günstigeren Preis als Nichtmitglieder. Außerdem versuchen wir, soweit möglich, Referenten aus den eigenen Reihen zu gewinnen, um so zum einen die Honorare, vor allem aber die Reise- und Übernachtungskosten zu senken. Wichtigster Grundsatz dabei bleibt aber die Qualität: Alle Referenten haben Erfahrung als Seminarleiter, verfügen über gute Referenzen und sind ausgewiesene Experten in ihrem inhaltlichen Gebiet.

Engagement auf Bundesebene

Viel Kraft und Energie wandten Ehren- und Hauptamtliche des DJV Thüringen im vergangenen Jahr auch für die Arbeit auf Bundesebene auf. Neben den üblichen Gesamtvorstands-, Geschäftsführer- und Schatzmeistertagungen stellten wir ein Mitglied der Arbeitsgruppe, die sich mit der Struktur des DJV und seiner zukunftsfähigen Aufstellung beschäftigen sollte. Dieses Thema war auch Schwerpunkt der Bundesfachausschussarbeit, wie unsere Vertreter dort mitteilten:

Bundesfachausschuss Rundfunk (Heidje Beutel)

Die zukünftige Struktur des Fachausschusses Rundfunk wurde heftig diskutiert. Kommuniziert wurde, dass er zahlenmäßig stark schrumpfen sollte, damit er arbeitsfähig werde (Worte von Justiziar Pöppelmann). Einige Leute würden nur zu den Fachausschuss-Sitzungen kommen, um sich berieseln zu lassen. Der Verlauf der Diskussion hat mir die alten Hasen im Fachausschuss unsympathisch gemacht: Es sind viele hauptamtliche Personalräte, die nicht mehr lange zur Rente haben. Wenn die unter sich bleiben wollen und das gut finden, will ich sie nicht mit meiner Gegenwart belästigen. Zudem ist fraglich, was die alten Hasen erarbeiten wollen: Sie können ja alles Mögliche beschließen – aber zur Umsetzung bräuchten sie dann doch wieder die Vertreter aus den Funkhäusern. Und wir müssten dann von den Beschlüssen der alten Hasen überzeugt sein. Wir drehten uns also im Kreis, doch die Diskussion im DJV-Vorstand hat ohnehin ergeben, dass die Strukturveränderungen anders gemeint waren: Der geschrumpfte Fachausschuss soll ganz gemischt aus Freien und Festen, aus Jungen und Alten besetzt sein. Und um dort vertreten zu sein, müsse man sich erst einmal bewerben. Weil diese Vorschläge aber auch im Gesamtvorstand auf Bundesebene nicht mehrheitsfähig waren, wurde die Diskussion über die Strukturreform bei den Fachausschüssen verschoben.

Der Fachausschuss Rundfunk hat auf Bundesebene auch die Tarifverhandlungen bei den Öffentlich-Rechtlichen diskutiert, wobei dieses Mal alle Verhandler darauf eingeschworen wurden, ihre Ergebnisse an alle anderen zu kommunizieren. Zu Beginn hatten alle ARD-Intendanten an ihre Tarifpartner geschrieben, dass die Entwicklung der Altersrente zusammen mit der Lohnerhöhung und den Honoraren der Freien verhandelt wird. Wir waren uns aber einig: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren – unklar war nur, ob wir es schaffen und wie.

Tageszeitungen/Betriebsräte

Auf Ebene des Bundesfachausschusses werden die Entwicklungen in den Thüringer Medienhäusern regelmäßig diskutiert, zumal durch die Konzernstrukturen meist auch andere Landesverbände von den Veränderungen bei uns betroffen sind.

Viel Raum nehmen im FA aber auch die Vorschläge zur Änderung der Struktur der Fachausschüsse ein. Ein großer Teil der Mitglieder lehnt dies strikt ab. Thüringen vertritt hier in der Regel die Meinung der Arbeitsgruppe Struktur. Uns geht es weniger darum, auf Bestehendem zu beharren, sondern neue, effiziente Strukturen zu schaffen. Ein Grund dafür ist, dass wir in Thüringen nicht auf so umfangreiche personelle Ressourcen zurückgreifen können, wie das größeren Landesverbänden möglich ist.

Der Vorstand und der Gesamtvorstand des DJV Thüringen besteht aus Ehrenamtlichen, die teilweise schon seit vielen Jahren einen großen Teil ihrer Freizeit investieren, um den Verband voran zu bringen und seinen Mitgliedern den bestmöglichen Service zu bieten. Doch wir kommen an personelle und finanzielle Grenzen. Damit diese sich nicht negativ auf die Mitgliederbetreuung auswirken, muss sich in naher Zukunft die Struktur im DJV insgesamt ändern. Deshalb werden wir auch weiter aktiv und vehement auf Bundesebene dafür eintreten, dass das Solidaritätsprinzip, das wir mit jedem Streifaufruf von unseren Mitgliedern einfordern, auch innerhalb des DJV selbst weiter gelebt wird.